

Psychotherapie für MigrantInnen Rechtliche Grundlagen

BPtK Symposium Berlin 7. Oktober 2010

© Georg Classen

georg.classen@gmx.net

Flüchtlingsrat Berlin

www.fluechtlingsrat-berlin.de

aktualisierte Fassung 09.10.2010

rechtliche Fragen

- **ungesicherter Aufenthaltsstatus**
 - > Therapie erschwert und schlecht planbar
- Therapie in **Herkunftssprache** der Patienten schwierig
 - > es fehlen sprachkompetente Therapeuten
 - > PsychThG und GKV regulieren Zulassung von Therapeuten; Sprachkompetenz zählt nicht
- aber: keine **Dolmetscherkosten** über GKV
- aber: idR keine **Fahrtkosten** zu Behandlungszentren über GKV
- keine GKV für Leistungsberechtigte nach **AsylbLG**
 - > eingeschränkter Behandlungsumfang für Asylsuchende und für Ausländer mit Duldung

2

Die Krankenversicherung

Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)

- reguläre GKV (Arbeitnehmer, ALG I, ALG II usw.)
- seit 1.4.2007 GKV für bisher nicht Versicherte § 5 I 13 SGB V, hilfsweise seit 1.1.2009 PKV-Basistarif (VAG, VVG)
- seit 1.1.2004 „unechte“ GKV § 264 SGB V, wenn lfd. SGB XII, § 2 AsylbLG, SGB VIII, und keine "reguläre" GKV
- GKV nach Abkommensrecht, wenn KV im Ausland

Berufs- und Kassenzulassung für Psychotherapeuten

- PsychThG, SGB V: nur bestimmte Therapierichtungen
- SGB V-Zulassung Begrenzung pro Versorgungsgebiet
- PsychThG idR nur Deutsche

3

Das Sozial(hilfe)recht

Sozial(hilfe)leistungen zum Lebensunterhalt

bei Bedürftigkeit:

- Arbeitslosengeld II (SGB II), Sozialhilfe (SGB XII)
incl. GKV/ unechter GKV nach § 264 SGB V
- AsylbLG (Duldung, Asylsuchende)
incl. medizinischer Leistungen vom Sozialamt

Fahrt- und Dolmetscherkosten zur Therapie vom Sozialamt

bei Bedürftigkeit:

- **Sozialhilfe/ § 2 AsylbLG:** Regelsatzzuschlag/sonstige Leistung §§ 28 I, 73 SGB XII
- **ALG II:** Mehrbedarf § 21 VI SGB II neu
- **AsylbLG:** „sonstige Leistung“ nach §§ 4 und 6 AsylbLG

4

Weitere Sozialleistungen

Eingliederungshilfen für Behinderte

- § 53ff. SGB XII
- § 35a SGB VIII (KJHG)
- § 6 AsylbLG ("sonstige Leistung")

OEG Opferentschädigung

- Opfer rechtswidriger Gewalttaten
- Krankenbehandlung BVG Bundesversorgungsgesetz analog
- für Unionsbürger, für Drittstaater mit Aufenthaltserlaubnis, idR für Asylbewerber/Geduldete, nicht für "Illegale"

Unfallversicherung SGB VII

- Arbeitsunfall, Kiga- und Schulunfall
- auch für "Illegale", auch bei "Schwarzarbeit"

5

Das Aufenthaltsrecht

Unionsbürger

mit Freizügigkeitsbescheinigung usw.

Drittstaater mit gesichertem Aufenthalt

(befristete) Aufenthaltserlaubnis, (unbefristete) Niederlassungserlaubnis

> SGB V, SGB II/XII > *idR GKV versichert*

Drittstaater mit prekärem Aufenthalt

Aufenthaltsgestattung (Asylsuchende), Duldung,

befristete Aufenthaltserlaubnis § 25 IV S. 1, IV a/b, V AufenthG,

Ausländer ohne registrierten Status ("Illegale")

> AsylbLG > *idR Krankenbehandlung vom Sozialamt*

> *Verbesserung des Aufenthaltstitels und der sozialrechtlichen Einstufung prüfen (Beratungsstelle, AnwältIn!)*

Gesetzliche Krankenversicherung SGB V (GKV)

- **Mitgliedschaft** § 5 SGB V
Arbeitnehmer, Azubis, Studis, Rentner, ALG I, **ALG II** usw.
- **Familienversicherung** § 10 SGB V
Ehep. und Kinder ohne eigenes Einkommen
- Freiwillige **Weiterversicherung** § 9 SGB V

- „**unechte**“ **GKV nach § 264 SGB V:**
wenn lfd. Leistungen § 2 AsylbLG, SGB XII, stationär SGB VIII
und keine Mitgliedschaft oder Weiterversicherung möglich.

7

SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung

§ 264 SGB V - Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung

- (2) Die Krankenbehandlung von **Empfängern von Leistungen nach dem 3. bis 9. Kapitel des SGB XII** und von Empfängern laufender Leistungen nach **§ 2 des AsylbLG** und von Empfängern von **Krankenhilfeleistungen nach dem SGB VIII**, die nicht versichert sind, wird von der Krankenkasse übernommen. Satz 1 gilt nicht für Empfänger, die voraussichtlich nicht mindestens einen Monat ununterbrochen Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. ...

8

SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung

Psychotherapie nur über kassenzugelassene, approbierte
Therapeuten

Fahrtkosten zur Therapie nach SGB V nur ausnahmsweise,
wenn Patient mit Therapieschema behandelt wird, das hohe
Behandlungsfrequenz über längeren Zeitraum aufweist,
und die Beförderung zur *Vermeidung von Schaden an Leib und
Leben unerlässlich* ist. (vgl. RL G-BA zu Fahrtkosten SGB V)

Dolmetscherkosten zur Therapie nur für Gehörlose
(Gebärdendolmetscher, § 17 II SGB I)

*> Ggf. ergänzende Leistungen für Fahrt- und Dolmetscherkosten
über AsylbLG oder SGB II/XII nötig!*

9

AsylbLG - SGB II - SGB XII

- §§ 3 - 7 AsylbLG – Grundleistungen § 3
Krankenhilfe § 4 + sonstige Leistungen § 6 vom Sozialamt
- § 2 AsylbLG – nach 48 Monaten Leistungen analog SGB XII
Versichertenkarte § 264 SGB V von GKV
- SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende (Alg 2)
Pflichtversicherung § 5 SGB V von GKV
- SGB XII 3. und 4. Kapitel - Sozialhilfe zum Lebensunterhalt,
Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter
Versichertenkarte § 264 SGB V von GKV
- SGB XII 5. - 9. Kapitel - Sozialhilfe in anderen Lebenslagen
z.B. EgHi; Dolmetscher zusätzlich zu § 2 AsylbLG, SGB II, SGB XII

§ 4 AsylbLG - Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt

(1) Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. ...

- *ggf. Krankenscheine, Fahrtkosten, Dolmetscher usw. vom Sozialamt*
- *Leistungen nach § 4 auch für chronische Krankheiten, wenn akuter Behandlungsbedarf besteht*
- *Bei der Anwendung ist die AsylaufnahmeRL zu beachten !!!*

§ 6 AsylbLG - Sonstige Leistungen

(1) **Sonstige Leistungen** können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall **zur Sicherung** des Lebensunterhalts oder **der Gesundheit unerlässlich**, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. ...

- *ggf. bei chron. Erkrankung nach § 6 Krankenscheine, Fahrt- und Dolmetscherkosten usw. vom Sozialamt (soweit nicht bereits nach § 4 AsylbLG)!*
- *Bei Anwendung ist die AsylaufnahmeRL zu beachten.*

§ 2 AsylbLG

§ 2 - Leistungen in besonderen Fällen

(1) Abweichend von den §§ 3 bis 7 ist das SGB XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die **über eine Dauer von insgesamt 48 Monaten Leistungen nach § 3 erhalten** haben und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.

> Anspruch auf Krankenversichertenkarte nach § 264 SGB V !

§ 23 SGB XII - Sozialhilfe für Ausländer

(1) Ausländern, die sich im Inland tatsächlich aufhalten, ist Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege nach diesem Buch zu leisten. ... **Im Übrigen kann Sozialhilfe geleistet werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Die Einschränkungen nach Satz 1 gelten nicht für Ausländer, die im Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder eines befristeten Aufenthaltstitels sind und sich voraussichtlich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. ...**

(2) Leistungsberechtigte nach § 1 des AsylbLG erhalten keine Leistungen der Sozialhilfe.

(3) Ausländer, die eingereist sind, um Sozialhilfe zu erlangen... haben keinen Anspruch ...

> EgHi und sonstige HbL (§ 73 SGB XII: ggf. Dolmetscherkosten) als kann- oder muss-Leistungen!

§ 28 SGB XII - Regelbedarf, Inhalt der Regelsätze

- (1) Der gesamte Bedarf des notwendigen Lebensunterhalts außerhalb von Einrichtungen mit Ausnahme von Leistungen für Unterkunft und Heizung und der Sonderbedarfe nach den §§ 30 bis 34 wird nach Regelsätzen erbracht.

Die Bedarfe werden abweichend festgelegt, wenn im Einzelfall ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.

> Für Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG, oder 3. + 4. Kap. SGB XII Fahrtkosten vom Sozialamt als Regelsatzerhöhung!

15

§ 48 SGB XII - Hilfe bei Krankheit

Um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern, werden Leistungen zur Krankenbehandlung entsprechend dem ... SGB V erbracht. Die Regelungen zur Krankenbehandlung nach § 264 SGB V gehen den Leistungen der Hilfe bei Krankheit nach Satz 1 vor.

§ 25 SGB XII - Erstattung von Aufwendungen Anderer

Hat jemand in einem Eilfall einem Anderen Leistungen erbracht, die bei rechtzeitigem Einsetzen von Sozialhilfe nicht zu erbringen gewesen wären, sind ihm die Aufwendungen in gebotenen Umfang zu erstatten, wenn er sie nicht auf Grund rechtlicher oder sittlicher Pflicht selbst zu tragen hat. Dies gilt nur, wenn die Erstattung innerhalb angemessener Frist beim zuständigen Träger der Sozialhilfe beantragt wird.

> z.B. stationäre Krankenbehandlung als Notfall aufgenommenen materiell bedürftiger Nichtversicherter, die nicht bereits im lfd. Leistungsbezug nach SGB II/ XII/AsylbLG stehen.

16

§ 73 SGB XII - Hilfe in sonstigen Lebenslagen

Leistungen können auch in sonstigen Lebenslagen erbracht werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen. Geldleistungen können als Beihilfe oder als Darlehen erbracht werden.

> ggf. unabweisbar erforderliche Dolmetscherkosten zur Krankenbehandlung

17

SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuche

§ 7 SGB II - Berechtigte

(1) Leistungen nach diesem Buch erhalten Personen, die

1. das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
2. **erwerbsfähig** sind,
3. hilfebedürftig sind und
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in ... Deutschland haben,
(erwerbsfähige Hilfebedürftige).

Ausgenommen sind ...

2. Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, ...
3. Leistungsberechtigte nach **§ 1 des AsylbLG**. ...

§ 5 SGB II - Verhältnis zu anderen Leistungen

(2) Der Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach diesem Buch schließt Leistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII [= *Hilfe zum Lebensunterhalt*] aus. Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII sind gegenüber dem Sozialgeld vorrangig.

> *Leistungen in besonderen Lebenslagen (z.B. EgHi; Dolmetscherkosten § 73 SGB XII) nach 5. – 9. Kapitel SGB XII sind ergänzend zum Alg 2 möglich!*

19

BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010

Regelsätze nach SGB II verfassungswidrig

Leitsätze:

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.
4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen **monatlichen Festbetrag** decken, muss aber **für einen darüber hinausgehenden unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen**.

➤ *Für Leistungsberechtigte nach SGB II Fahrtkosten vom Jobcenter als Regelleistungserhöhung nach BVerfG-Urteil v. 9.2.2010 !*

➤ *AsylbLG ebenfalls verfassungswidrig (LSG NRW L 20 AY 13/0 v. 26.07.2010)*

BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010

§ 21 SGB II - Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt

(6) Erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten einen Mehrbedarf, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht. Der Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er ... seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.

- **Fahrtkosten zur Psychotherapie?**
fraglich, ob Fahrten zur Behandlung Teil des „Lebensunterhalts“ sind
- **hilfsweise beim Sozialamt nach § 73 SGB XII beantragen (ebenso Dolmetscherkosten)**

21

Eingliederungshilfen - SGB XII, SGB VIII, AsylbLG

- * Ziel: Eingliederung in Kindergarten, Schule, Arbeit, Beruf, sonstige angemessene Tätigkeit, Gesellschaft (Leben in der Gemeinschaft ermöglichen oder erleichtern), aber keine Krankenbehandlung / Psychotherapie i. e. S.
- * Sozialamt § 53 ff SGB XII, gemäß § 23 I SGB XII
Ermessensleistung für Ausländer mit vorübergehenden Aufenthalt, aber Anspruchsleistung für Ausländer mit voraussichtlichem Daueraufenthalt. Auch ergänzend zu ALG II.
- * Jugendhilfe § 35a SGB VIII für Ausländer Anspruchsleistung nach § 6 SGB VIII. Auch ergänzend zu ALG II.
- * Sozialamt § 6 AsylbLG: Ermessensleistung

22

Zuständigkeiten

- **§§ 4 und 6 AsylbLG**
Therapie, Fahrtkosten, Dolmetscher vom **Sozialamt**;
ggf. EgHi vom **Sozialamt** oder nach KJHG vom **Jugendamt**
- **§ 2 AsylbLG oder lfd. Hilfe nach SGB XII**
Therapie über § 264 SGB V von **GKV**
Fahrtkosten als Regelsatzzuschlag § 28 I S. 2 SGB XII vom **Sozialamt**
Dolmetscherkosten nach § 73 SGB XII vom **Sozialamt**
ggf. EgHi vom Sozialamt oder nach KJHG vom **Jugendamt**
- **Alg 2**
Therapie über Pflichtvers. nach SGB V von **GKV**
Fahrtkosten als Regelsatzzuschlag nach Urteil BVerfG v. 9.2.2010 vom **Jobcenter /ArGe**
Dolmetscherkosten nach § 73 SGB XII vom **Sozialamt**
ggf. EgHi vom **Sozialamt** oder nach KJHG vom **Jugendamt**

23

Ansprüche nach EU-Richtlinien zum Flüchtlingsschutz

- "Asylaufnahmerichtlinie" 2003/9/EG
soziale und medizinische Mindeststandards für Asylbewerber,
nicht jedoch für Ausländer mit Duldung.
- "Qualifikationsrichtlinie" 2004/83/EG Mindeststandards für
anerkannte Flüchtlinge, auch mit "subsidärem Schutz"
> AE § 25 Abs. 1 - 3. **Leistungen bereits ab Rechtskraft der
Flüchtlingsanerkennung!**
- **vorübergehender Schutz** RL 2001/55/EG – Aufnahme nach EU-
Beschluss bei Massenzustrom von Flüchtlingen > AE § 24
- "Opfer von Menschenhandel" 2004/81/EG > AE § 25 Abs. 4a.

24

Asylaufnahmerichtlinie

Art. 15 und 17 ff. Asylaufnahmerichtlinie garantieren die "**erforderlichen medizinischen und sonstigen Hilfen**" für **Asylbewerber mit besonderen Bedürfnissen**, wie z. B. Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Behinderte, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.

- > Anspruch auf „erforderliche“ **Psychotherapie**
- > Anspruch auf „erforderliche“ **Krankenbehandlung**
= Leistungsumfang analog SGB V statt AsylbLG-Niveau?!
- > Anspruch auf „erforderliche“ **sonstige Hilfen**
(= **Lebensunterhaltsleistungen, Wohnen, Sonderbedarfe** usw.)
= Leistungsumfang analog SGB XII statt AsylbLG-Niveau?!

*Förmliche Umsetzung in dt. Recht bisher nicht erfolgt, Rechtsfolgen umstritten
(Beispiel: Netzwerk „besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ Berlin)*

25

Asylaufnahmerichtlinie

- Die Richtlinie schreibt eine förmliche **Einzelprüfung** zur **Anerkennung der besonderen Hilfebedürftigkeit** vor.
- In Deutschland sind bisher weder das **Verwaltungsverfahren** zur Feststellung der besonderen Hilfebedürftigkeit noch die **Rechtsfolgen** (Leistungen) geregelt.
- In der **Praxis** werden häufig daraus folgende Ansprüche auf Psychotherapie, Hilfsmittel für Behinderte, Eingliederungshilfen für behinderte Kinder, angemessene Unterbringung (Wohnung) usw. rechtswidrig verweigert.
- **§ 6 Abs. 2 AsylbLG** läuft leer, da die Regelung nur bei AE nach § 24 gilt (**EU RL vorübergehender Schutz**), es solche AE derzeit und auf absehbare Zukunft aber gar nicht gibt.

26

Begutachtung

Begründung zur Notwendigkeit der **Therapie**, ggf. der **Fahrtkosten**, ggf. des **Dolmetschers (für GKV und Sozialamt!)**

- Weshalb welche Behandlung nötig (Diagnose, Therapiemethode usw.)?
- Weshalb keine (kostengünstigere) medikamentöse bzw. ambulante psychiatrische Behandlung?
- Weshalb kein weiterer Aufschub?
- Welche Folgen drohen ohne Behandlung?
- Therapiekonzept muss unsichere Aufenthaltsperspektive berücksichtigen und ggf. auch kurzfristig sinnvolle Therapien beinhalten.
- Weshalb keine wohnortnähere Therapie?
- Weshalb Dolmetscher nötig?

27

Berufszulassung - BÄO, PsychThG, SGB V

- Approbation nur für Deutsche und Unionsbürger:
§ 3 BÄO, § 2 PsychThG; Vorbild: § 3 Reichärzteordnung 1935
- für Drittstaater bedarfsbezogene Berufszulassung nur befristet möglich, kein Anspruch
- ähnlich für Zahnärzte, Apotheker, Schonsteinfeger
- Kassenzulassung pro Versorgungsgebiet begrenzt (SGB V)
> *BSG B 6 KA 33/05 B.v. 06.02.08: Sprachkompetenz kein Zulassungskriterium, „Amtsprache ist deutsch“, dazu kritisch Davy in SGB 2009, 202*
- Kassenzulassung Psychotherapeuten nur für
 - * Psychoanalyse
 - * tiefenpsychologische Therapie
 - * Verhaltenstherapie
 (Psychotherapierichtlinien www.g-ba.de)

28

§ 2 PsychthG

(1) Eine Approbation nach § 1 Abs. 1 Satz 1 ist auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. **Deutscher** im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes, Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist,
2.

29

§ 3 BÄO

Die Approbation als Arzt ist auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. **Deutscher** im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes, Staatsangehöriger eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ... oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist,

30

Reichsärzteordnung.

Vom 13. Dezember 1935.

§ 3

(1) Die Bestallung als Arzt erhält, wer die Voraussetzungen der Bestallungsordnung erfüllt, die nach Anhörung der Reichsärztekammer vom Reichsminister des Innern erlassen wird.

(2) Die Bestallung ist zu versagen,

5. wenn der Bewerber wegen seiner oder seines Ehegatten Abstammung nicht Beamter werden könnte, und zur Zeit der Bewerbung der Anteil der nicht deutschblütigen Ärzte an der Gesamtzahl der Ärzte im Deutschen Reich den Anteil der Nichtdeutschblütigen an der Bevölkerung des Deutschen Reichs übersteigt. Der Reichsminister des Innern kann in Härtefällen im Einvernehmen mit der Reichsärztekammer Ausnahmen zulassen.

31

Forderungen

- **Sprachkompetenz** als Kriterium für Gebietszulassung von Therapeuten (Sonderbedarfszulassung SGB V)
- Übernahme zur **ambulanten Behandlung** nötiger **Dolmetscher- und Fahrtkosten** durch GKV
- Rechtzeitige und umfassende Heranziehung zur **stationären Behandlung** nötiger sprachkompetenter sozpäd. und psych. Fachkräfte und Dolmetscher
- Gewährung von **Eingliederungshilfe** zur unterstützenden Hilfe durch sprachkompetente sozpäd. und psych. Fachkräfte
- Streichung des **Deutschenprivilegs** im PsychThG, maßgeblich für Berufszulassung ist fachliche Qualifikation, nicht Nationalität
- Abschaffung des **AsylbLG**, hilfsweise Einbeziehung AsylbLG-Berechtigter in GKV
- Abschaffung krank machender gesetzlicher Restriktionen wie **Zwangsverteilung** und **Residenzpflicht**, **Sammellager** und **Sachleistungsversorgung**, **Arbeits-** und **Ausbildungsverbote**.

32